

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST



Nr. 27

Dienstag, 13. März 1990

10 Pfennig

Gegen kapitalistische Wiedervereinigung!

Wählt Spartakist!

Es geht um Sein oder Nichtsein unseres Arbeiterstaates. Die Volkskammerwahlen am 18. März sind ein Volksentscheid, wenn auch enorm verzerrt durch den imperialistischen Ansturm, über die weitere Existenz der DDR. Seit dem Zusammenbruch des Honeckerregimes im letzten Herbst haben die Herrscher des kapitalistischen Westdeutschlands eine Kampagne inszeniert, um dieses Land einzuschüchtern und aufzukaufen, das ihren Händen entrissen worden ist, als die Rote Armee 1945 das Dritte Reich zerschlagen hat. Mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in ganz Osteuropa haben jetzt die „demokratischen“ Erben von Hitler einen neuen Feldzug „Drang nach Osten“ begonnen. Wenn wir jetzt auf unserem Posten stehen, um die DDR gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung zu verteidigen, dann verteidigen wir auch das Heimatland der Oktoberrevolution.

Während Bundeskanzler Kohl sich weigert, die Oder-Neiße-Grenze vertraglich anzuerkennen, appellieren die polnischen Führer Jaruzelski und Mazowiecki an Gorbatschow und sogar Mitterrand, den westdeutschen Militärkoloss zu stoppen. In Bonn reden Christdemokraten und Sozialdemokraten schon nicht mehr von einer schrittweisen Wiedervereinigung. Jetzt geht es nur noch um simple Annexion mit Artikel 23 des Grundgesetzes, so wie 1955 beim Saarland. Aber viele Menschen befürchten, daß es eine Neuauflage des Anschlusses von Österreich 1938 wird, ein entscheidender Schritt hin zu einem Großdeutschland. Für die heutige Generation von westdeutschen Führern scheint zunehmend Hitlers einzige Sünde darin bestanden zu haben, das Reich in noch einen verlorenen imperialistischen Zweifrontenkrieg geführt zu haben.

Kein Wunder, daß angesichts dieses unverfrorenen Versuchs, sich die DDR unter den Nagel zu reißen, wo Bonner Politiker in ihren Mercedes-Luxuslimousinen arrogant durch das Land jagen, mancher wieder einen klaren Kopf bekommt, der anfangs noch geblendet wurde durch die alles überschattende DM. Was wird mit ihren Arbeitsplätzen passieren, mit den Sozialleistungen, mit den Ersparnissen? Die anfängliche Wiedervereinigungseuphorie nimmt ab, eine Wandlung in der allgemeinen Stimmung ist deutlich zu sehen.

Aber dies schlägt sich in einer, im Grunde genommen nostalgischen, Stimmabgabe für die PDS nieder. Trotz all ihrem Gerede über die „Souveränität der DDR“ sind diese stalinistischen Dauerkapitulanten die Hauptkraft für den Ausverkauf des Landes.

Diejenigen, die jetzt zur SED/PDS zurückkehren, tun dies, weil sie keine „realistische“ politische Alternative sehen und kein alternatives Programm zur kapitalistischen Wiedervereinigung haben. Vielen ist es sehr wohl klar, daß die überstürzt vorgezogenen Wahlen die SPD bevorzugen, aber sie meinen, dies sei notwendig, um Schlimmeres zu verhüten. Aber wie 1918-1919 handelt die SPD als Vortrupp der Konterrevolution, diesmal um eine politische Revolution gegen den Stalinismus abzuwürgen, die zum internationalistischen Weg von Lenin und Trotzki zurückkehren würde. Die Rolle der SPD als Bluthunde konnte man bei dem blutigen Angriff auf Linke in Neubrandenburg letzte Woche sehen (siehe Seite 8).

Mittlerweile tauschen die stalinistischen Wendehälse ihr Konzept vom Aufbau des Sozialismus in einem Land gegen den Aufbau des Kapitalismus in Großdeutschland ein. Um Stimmen einzufangen, präsentiert die „neue“ PDS Ministerpräsident Modrow als Saubermann und den Parteivorsitzenden Gysi als den „Mann mit dem eisernen Besen“, der den Augias-Stall der Bürokratie ausmistet. Gysi hat den Empfang eine Rockstars bekommen, als er vor Tausenden in der überfüllten Thüringenhalle in Erfurt auftrat. Aber inhaltsloses Wahlkampfgetöse, Publicity-Gags (wie Gysis Versuch, sich als Fallschirmspringer zu profilieren, um sein jugendliches Image zu pflegen!) und der Wunsch nach Stabilität lösen gar nichts. Nur die Spartakist-Arbeiterpartei hat ein Klassenkampfprogramm vorgelegt, um diese Krise zu lösen.

Die PDS und kleinere linke Parteien wie die Vereinigte Linke und die Nelken verbreiten Phantasien, daß man nach einer Wiedervereinigung alles beibehalten könne, wenn man nur in letzter Minute noch eine Sozialcharta oder ein paar andere Gesetze verabschiedet. Aber dies ignoriert die zentrale Frage, nämlich welche Klasse an der Staatsmacht ist. Die Bürokraten hoffen, daß sie sich in den Unternehmen

Fortgesetzt auf S.7

Sie sagen "Jein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung Der Schwanz des Trojanischen Pferdes

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands besteht darauf, daß die zentrale Frage bei den Volkskammerwahlen ist, ob man für oder gegen die kapitalistische Wiedervereinigung ist. Die SPD handelt als Trojanisches Pferd der Konterrevolution und als Speerspitze für eine Annexion der DDR. Die PDS hat als ihren Spitzenkandidaten Hans Modrow gewählt, den Mann, der „Deutschland, einig Vaterland“ verkündet. Im Schlepptau der SPD und PDS sagen verschiedene kleinere linke Parteien „Ja ja, nein nein“. Aber die imperialistische Anschluß-Kampagne entlarvt dieses sich selbst widersprechende Gerede.

Die Vereinigte Linke und Die Nelken kandidieren auf einer gemeinsamen Wahlliste. Ihre Unterstützer sind von SPD-Schlägern verprügelt worden, aber mit der gewollten Konfusion und Zweideutigkeit ihrer Positionen geben sie den konterrevolutionären Kräften, von denen sie angegriffen werden, letztendlich ihre Unterstützung. Die Nelken haben ein Flugblatt verteilt, in dem ganz ausgewogen das „Pro“ und „Kontra“ einer kapitalistischen Wiedervereinigung erörtert wird. Unter den „Pros“ listen sie die kapitalistische Lüge, daß die Wiedervereinigung eine „schnelle Sanierung der Wirtschaft“ bedeuten würde! Die Vereinigte Linke sagt in ihrem vorläufigen Programm, daß sie „für die Verteidigung der Souveränität der DDR“ sind und „das Bündnis mit allen suchen, die sich gegen die Preisgabe der DDR“ wenden. Aber in einem Interview in der *BZ am Abend* (1. März) hat VL-Vorstandsmitglied Jutta Braband unter der Überschrift „„Deutschland — Einig Vaterland' Aber wie? Aber Wann?“ geantwortet, „Gut, wenn sie im europäischen Rahmen und schrittweise, also über einen Staatenbund realisiert wird.“

Schließlich gibt es noch die KPD, die mit dem Slogan

„Berlin bleibt rot“ an die Öffentlichkeit getreten ist. In ihrem Wahlprogramm tritt die KPD „für den Erhalt der Deutschen Demokratischen Republik“ ein. Aber im gleichen Dokument fahren sie fort „für ein europäisches Deutschland und gegen ein deutsches Europa“. Diese antinationalistische Stellungnahme von Thomas Mann wird heute von der SPD benützt, für die ein „europäisches Deutschland“ das Codewort für ein NATO-Deutschland ist! Und jetzt hat die KPD ein Wahlplakat herausgebracht mit der Forderung „Deutsche Konföderation — Demokratisch, Blockfrei“. Es ist ein reiner Wunschtraum zu glauben, daß es eine Konföderation geben könnte, in der Berlin rot bleibt. Mit dieser Plattform konkurriert die KPD einfach mit der PDSPD auf dem gleichen politischen Terrain.

Wir wissen, daß viele Mitglieder der KPD und anderer Parteien gegen einen Anschluß kämpfen wollen. In dieser letzten Woche vor den Wahlen am 18. März wiederholen wir erneut unseren dringenden Appell, die größtmögliche Stimmenanzahl gegen kapitalistische Restauration zu sichern: Wenn eure Organisation eine klare Position gegen kapitalistische Wiedervereinigung bezieht, schriftlich und ohne Wenn und Aber, wird die Spartakist-Arbeiterpartei ihre Unterstützer aufrufen, dort für eure Listen zu stimmen, wo wir keine Kandidaten haben; gleichermaßen fordern wir euch auf, eure eigenen Unterstützer dazu aufzurufen, für die Listen der SpAD zu stimmen, wo ihr keine Kandidaten aufgestellt habt.

Diejenigen, die nicht alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Restauration des Kapitalismus mit all seinen schrecklichen Konsequenzen zu stoppen, werden ihre jetzigen Taten ihren Kindern und der zukünftigen Arbeiterbewegung erklären müssen.

Zu unserem Namen: Spartakist

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ist Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Die IKL hat ihren Ursprung in der Revolutionären Tendenz, die Ende 1963 von der amerikanischen Socialist Workers Party ausgeschlossen wurde und daraufhin die Zeitschrift *Spartacist* gründete. In der ersten Nummer haben die Herausgeber in den redaktionellen Anmerkungen „Anstelle einer allgemeinen Erklärung unserer Politik“ die Wahl des Namens folgendermaßen erläutert:

„Wir haben den Titel *Spartacist* nach dem Spartakusbund benannt, dem revolutionären linken Flügel unter Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Deutschland während des Ersten Weltkriegs. Die deutschen Spartakisten haben im Krieg einen mutigen Kampf gegen ihre imperialistischen Herrscher geführt, und mehr noch, sie haben jeden ihrer Schritte erkämpfen müssen in Opposition zur degenerierten, patriotischen Mehrheitssozialdemokratie ihrer Tage.

In den USA hat die trotzkistische Jugend Anfang der dreißiger Jahre ihre Zeitung *Young Spartacus* genannt. Sie hat in herausragender journalistischer Weise revolutionäre Ideen verfochten und mit einem Leitfadens zur Aktion verbunden. Auch heute streben wir nichts weiter an, als dem von uns gewählten Namen dadurch Ehre zu machen, daß wir den Standpunkt des konsequenten Trotzkismus vertreten, den authentisch revolutionären Marxismus unserer Epoche.“

— *Spartacist* Nr. 1 (auf Englisch), Feb.-März 1964

Nacht und Nebel in der BRD

Jenseits der Oder und Neiße wachsen die Ängste über eine deutsche Wiedervereinigung. Denn: Während Bundeswehr und Bonner Politiker über Polens Westgrenze hinauszielen, sind sich deutsch-nationale Spießbürger und „weltoffene“ Machthaber darin einig, „einig Vaterland“ heißt „Ausländer raus!“ Mit Hunderttausenden von ostdeutschen und „Volksdeutschen“ Aus- und Übersiedlern sind für die Herren des Kapitals türkische und polnische Arbeiter jetzt vollends überflüssig.

So berichtete die Warschauer Tageszeitung *Zycie Warszawy* mit dem Titel „Polen raus“ die Geschichte von 60 Polen, die letzten Montag plötzlich aus der Bundesrepublik zwangsweise abgeschoben wurden. Laut einer dpa-Meldung wurde ein Pole früh morgens von der Polizei aus dem Bett geholt, ohne Zeit zum Rasieren. Mehrere der Deportierten wohnten schon seit langem in der BRD, einige mußten vor der Abschiebung tagelang im Kerker sitzen.

Siemens, Thyssen und die Nachfolger von IG Farben wollen die DDR in eine Bananenrepublik und ein Billiglöhland umwandeln. Und im „neuen“, „demokratischen“ Reich des deutschen Kapitals, wenn du ein polnischer oder türkischer Arbeiter bist, und die Bullen dich in Nacht- und Nebelaktionen aus dem Bett ziehen, dann wirst du jetzt mit einer Sondermaschine deportiert, anstatt wie früher mit dem Viehzug ins Zwangsarbeitslager abtransportiert zu werden!

Warten wir nicht bis zum Entstehen eines Vierten Reiches, um festzustellen, welche Grauen das für die Menschheit vorbereitet. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands sagt „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“

SPD gegen portugiesische Revolution, 1974-1976

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands betont, daß die SPD das Trojanische Pferd der Konterrevolution in der DDR ist. Die SPD ist in Lenins Worten eine bürgerliche Arbeiterpartei, eine Partei, die auf den Organisationen der Arbeiterklasse basiert, jedoch verpflichtet ist auf die Verteidigung des Kapitalismus. In den Arbeiterstaaten tritt sie als Agentur für eine kapitalistische Restauration auf. In den kapitalistischen Ländern bringt sie die Kämpfe der Arbeiterklasse für den Sozialismus zum Entgleisen, in „friedlichen“ Zeiten versucht sie die Arbeiter mit unbedeutenden Reformen aufzukaufen, wenn die Zeiten sich ändern, arbeiten sie daran, Revolutionen blutig zu unterdrücken.

Die Rolle der SPD in Portugal in der Zeit von 1974 bis 1976 ist hierfür ein Beispiel. Nach der sogenannten „Revolution der Nelken“, die die Militärdiktatur von Salazar gestürzt hat, gab es in Portugal revolutionäre Kämpfe der Arbeiterklasse. Es gab eine Welle von Massenstreiks und Besetzungen; in einigen Gebieten begannen die Arbeiter Räte zu bilden. Die vorrevolutionäre Situation in Portugal in jener Zeit ist ein Beispiel dafür, daß die sozialistische Revolution im Westen möglich ist und daß eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse notwendig ist, um diese Gelegenheit beim Schöpfe zu packen. Während die Kommunistische Partei die Militanz der Arbeiter in die Unterstützung eines „linken Flügels“ des Offizierskorps, der *Movimento das Forças Armadas*, kanalisiert hat, war die Sozialistische Partei Portugals unter der Führung von Mario Soares die Speerspitze der Konterrevolution.

Und der Fadenzieher für diese sozialdemokratische Agentur der Konterrevolution war niemand anderes als die Bonner SPD. Die portugiesische SP ist sogar erst ein Jahr vor dem Umbruch in Lissabon 1973 gegründet worden — *in Bonn!* Von Anfang an war diese Partei eine Kreatur der SPD, die sowohl finanziell wie programmatisch von ihr abhängig war. Die Hauptaufgabe der SP war es, dafür zu sorgen, daß Portugal in der antisowjetischen NATO-Allianz bleibt. Im Namen der „pluralistischen Demokratie“ hat die *SP gegen* die Arbeiterbewegung organisiert, und besonders gegen die Arbeiterbasis der KP.

Die SPD stand 1975 an der Spitze der offen reaktionären Mobilisierungen, die Parteibüros der Kommunistischen Partei im ganzen Land angezündet haben. Zu dieser Zeit hat das Sprachrohr der amerikanischen Bourgeoisie *New York Times* (25. September 1975), die es wissen muß, berichtet, daß die USA enorme Summen Geld in die SP gepumpt haben. Unter Berufung auf „offizielle Quellen in Washington“ schrieben sie:

"Nach unseren Quellen benutzt die CIA westeuropäische sozialistische Parteien und Gewerkschaften, um Geld der

USA in die portugiesische Sozialistische Partei und andere Parteien zu pumpen. Die CIA-Kampagne hat gemäß unseren Quellen in den letzten Monaten pro Monat einen Umfang von mehreren Millionen Dollar gehabt. . .

Bis zum Frühling floß der größte Teil der westlichen Hilfe für die antikommunistischen Kräfte in Portugal geheim über die westdeutsche SPD und die belgische Sozialistische Partei, ohne irgendeine amerikanische Beteiligung."

Dieser Bericht wurde später öffentlich von einem Sprecher des US-Außenministeriums bestätigt.

Der Zeitpunkt der CIA-Fonds für die portugiesische SP fiel zusammen mit der Periode, in der die SP antikommunistische Lynchmobs organisiert hat. Ohne eine revolutionäre Partei, die die Arbeiterklasse organisiert, um der konterrevolutionären Offensive Widerstand zu leisten, war das Ergebnis der von der SP angeführten Mobilisierungen die Stärkung der Rechtskräfte.

Diese Zusammenarbeit von SPD und CIA war und ist beileibe nicht ungewöhnlich. Die SPD wurde im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Schirmherrschaft der amerikanischen Besatzungstruppen neu organisiert, um als Instrument zur Neutralisierung des Klassenkampfes nach der Zerschlagung des Dritten Reichs zu wirken und den kommunistischen Einfluß aus der Arbeiterbewegung hinauszusäubern. In den folgenden Jahren spielte die SPD eine besondere Rolle als Verbündeter der CIA in West- und Osteuropa.

Heute dient die SPD ihren kapitalistischen Herren in der BRD, indem sie als Speerspitze für eine Annexion der DDR auftritt. Die SPD weigerte sich, an der antifaschistischen Demonstration beim sowjetischen Ehrenmal in Treptow am 3. Januar teilzunehmen und führte anschließend die imperialistische Verteufelungskampagne gegen Treptow an.

Die Hauptforderung der Ost-SPD ist „Marktwirtschaft“ — das heißt Kapitalismus. Während Willy Brandt süßliche Reden darüber hält, daß die ärmeren Teile der Gesellschaft nicht unter die Räder der kapitalistischen Wiedervereinigung geraten dürfen, greift der sozialdemokratische DGB-Vorsitzende Ernst Breite ganz offen den FDGB an, er fordere zu viele Rechte für die Gewerkschaften der DDR. Und jetzt reiht sich die SPD in Kohls Kampagne für Anschluß der DDR unter Artikel 23 des BRD-Grundgesetzes ein. Während sie ihre Dreckarbeit für die Frankfurter Bankiers mit Gerede über „soziale Gerechtigkeit“ bemäntelt, versucht die SPD die politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie in eine kapitalistische Konterrevolution umzudrehen. Die Sozialdemokratie ist wirklich ein Trojanisches Pferd für die Konterrevolution:



Abonniert *Spartakist*, Zeitung der SpAD!

Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10—/10 Mark der DDR

Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Bestellt bei: Postfach 2002, Berlin 1026

Zu beziehen über Kontaktadressen, Einzahlungen an:

Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496

Name: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Land/Bezirk: _____ Tel.: _____

Von Stalin zu Gorbatschow

RGW scheitert am Nationalismus

Nachfolgend drucken wir den zweiten Teil des Artikels ab, dessen erster Teil in *Arprekorr* Nr. 26 abgedruckt war. Dieser Artikel ist übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 495 (9. Februar), der Zeitung der Spartacist League, der amerikanischen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

Die wirtschaftliche Auflösung des Sowjetblocks

Die westlichen Bankiers verliehen so verschwenderisch Geld an Osteuropa, in dem Glauben, daß der sowjetische große Bruder — mit seinen Milliarden Petrodollars — jedem Warschauer-Pakt-Verbündeten, der in finanziellen Schwierigkeiten wäre, immer aus der Patsche helfen würde. Die polnische Schuldenkrise von 1980/81 zeigte, daß die Russen keine solche Absicht hatten. Nach Polens Beinahe-Zahlungsunfähigkeit nahmen Wall Street und Frankfurt ihren osteuropäischen Klienten gegenüber eine harte Haltung ein und „verringerten ihre Verluste“, wie man an der Wall Street sagt. Osteuropa wurde zu einem *Nettoexporteur von Kapital* nach Westeuropa und in die USA. Zwischen 1981 und 1983 saugten die internationalen Kredithäie 12,5 Milliarden Dollar aus diesen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten heraus!

2. Teil

Weit davon entfernt, den wirtschaftlichen Schlag aus dem Westen zu dämpfen, fügten die Kremlstalinisten dem noch einen eigenen schweren Schlag hinzu. Der Sturz des Schah und der Aufstieg Chomeinis 1979 lösten eine weitere Explosion der Erdölpreise aus. Die Russen nutzten das aus und verdoppelten Anfang der 80er Jahre die Ölpreise innerhalb des RGW. Insgesamt verbesserte die Sowjetunion zwischen 1975 und 1982 ihre Handelsbilanz mit der CSSR um über 50 Prozent, mit DDR und Ungarn um beinahe 50 Prozent und mit Polen um 20 Prozent.

Trotzdem sprechen westliche Ökonomen häufig von sowjetischen „Handelssubventionen“ für Osteuropa. Dies ist irreführend. Der Preis für sowjetisches Öl und Erdgas, den Osteuropa zahlen mußte, hat immer *weit über* den durchschnittlichen Kosten für Gewinnung, Weiterverarbeitung und Transport gelegen. Aber natürlich ist es für bürgerliche Ideologen ein Naturgesetz, daß die Länder von ihren Handelspartnern alles verlangen, was der Markt hergibt. Wenn die Sowjetunion also der DDR und der CSSR das Doppelte der Förderkosten berechnet, während der Weltmarktpreis beim Vierfachen liegt, wird dies „Handelssubventionen“ genannt.

Die osteuropäischen Wirtschaften haben sich nie richtig erholt von dem Doppelschlag, den ihnen die westlichen Bankiers und die Kremlbürokraten Anfang der 80er Jahre versetzt haben. Polen und Ungarn sind seitdem wirtschaftlich ein Faß ohne Boden. Selbst die DDR, das mit der Schulden/Öl-Krise am effektivsten fertig wurde, wurde durch sie dennoch schwer geschädigt. 1980 hatte die DDR eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als Polen. Das Honecker/Mittag-Regime führte eine große und erfolgreiche Kampagne, seine Exporte in den Westen zu steigern und gleichzeitig importiertes Erdöl zu sparen. So arbeiten Fabriken und Büros der DDR mit einheimischem Lignit, Braunkohle von geringer Qualität, die die Atmosphäre verpestet. Grundsätzlicher noch: um die Exporte zu steigern, ohne den Verbrauch einzuschränken, *drosselte* das Honecker-Regime drastisch die Investitionen in

neue Anlagen und in die Infrastruktur. Die Investitionsrate fiel von 28 Prozent des Volkseinkommens 1976 auf 21,5 Prozent ein Jahrzehnt später. Daher ist der technologische Rückstand, den die Industrieanlagen der DDR gegenüber Westdeutschland haben, größer als vor zehn Jahren.

Das letzte Jahrzehnt über haben sich die russischen und osteuropäischen Stalinisten gegenseitig die Schuld gegeben für die sich verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse. Kremlsprecher beklagen sich darüber, daß sie nicht nur ihren wertvollen fossilen Brennstoff unter dem Weltmarktpreis exportieren, sondern auch die Zahlung in Transferrubel akzeptieren, eine internationale Währung mit der seltsamen Eigenschaft, daß man mit ihr nicht immer alles kaufen kann. Die osteuropäischen Regime erwidern, daß Moskau ihnen Energie vorenthält, um mehr Öl an den Westen zu verkaufen.

Die Russen wiederum beschuldigen ihre RGW-Partner, daß sie ihre hochwertigen Maschinen an den Westen verkaufen und ihren Ausschuß in die UdSSR schicken. Oleg Bogomolow, jahrelang ein führender sowjetischer Fachmann für internationale Wirtschaftsfragen und jetzt ein Spitzenberater von Gorbatschow, klagte: „Sowjetische Importe von den RGW-Partnern ... haben wenig dazu beigetragen, das technische Potential der UdSSR zu stärken... Das Gros der importierten Produkte ist nicht technologie-intensiv“ (Akademie der Wissenschaften der UdSSR, *The World Socialist Economy*—Die internationale sozialistische Wirtschaft, 1986). Die RGW-Partner erwidern, sie müßten ihre technologie-intensiven Produkte nach Westen, nicht nach Osten schicken, um ihre Devisenschulden zu decken.

Der Spaltung im RGW liegt zugrunde, daß die sowjetischen Naturschätze schon von Natur aus den internationalen Maßstäben entsprechen und im Westen sehr gefragt sind. Anfang der 80er Jahre widersetzten sich die westeuropäischen Bourgeoisien, selbst Thatchers Britannien, der Reagan-Administration, um Breschnjew beim Bau einer Pipeline von den sibirischen Ölfeldern zu helfen. Osteuropas Devisenexporte bestehen aus Konsumgütern und Maschinen, denen durch die üblichen Schwächen der stalinistischen Mißwirtschaft Grenzen gesetzt sind — schlechte Qualität, begrenzte Auswahl, mangelnde Anpassungsfähigkeit an die sich ändernden Marktbedingungen und unzulänglicher Service (z. B. Mangel an Ersatzteilen). Die DDR hat bestimmt die technische Kapazität, ein Auto zu bauen, das genauso gut ist wie ein BMW oder ein Mercedes. Aber wie könnte die DDR so ein Auto im Westen vermarkten?

Mitte der 80er Jahre kommentierte der ungarische Ökonom Kaiman Pécsi die „erheblich verringerte Bedeutung der RGW-Partner der UdSSR und die entsprechend gestiegene Bedeutung der entwickelten Marktwirtschaften“ (*Intra-CMEA Cooperation: Interest Patterns in the Extractive and Energy Industries and Their Future Prospects*, 1985). Wenn „ihre Wirtschaftsbeziehungen mit den Sechs des RGW nicht mehr vorteilhaft für sie ist“, fragt Pécsi, warum stellt die Sowjetunion dann nicht einfach die Brennstoff-Energie- und Materiallieferungen an die kleineren RGW-Mitgliedsländer ein oder liefert nur weiter gegen Bezahlung in Devisen? Er antwortet, dies „hätte keinen wirklichen Vorteil auf der politischen Ebene gebracht, der Ebene, die mehr als alles andere die Beziehungen innerhalb des RGW zusammenhält“. Mit anderen Worten, man nimmt an, die Kreml-Führung sei bereit, den wirtschaftlichen Preis dafür zu zahlen, daß die NATO ihre Atomraketen nicht direkt bis an die Grenze der Sowjetunion vorschiebt.

Aber seit Michail Gorbatschow an der Macht ist, ist dies nicht mehr der Fall. Am Anfang der Perestroika erklärte Gorbatschows Sprachrohr Oleg Bogomolow, die osteuropäische Arbeiterklasse wäre zu fett und faul geworden und müßte jetzt härter arbeiten für weniger Lohn:

„Die Erfahrung der europäischen RGW-Länder hat gezeigt, daß sogar dann, wenn der Lebensstandard rasch genug steigt, dies nicht automatisch zu höherer Arbeitsproduktivität führt. Im Gegenteil, bessere Möglichkeiten, um die materiellen Grundbedürfnisse zu befriedigen, könnte tatsächlich zu einem nachlassenden Interesse an der Arbeit führen. Deshalb bringt der Übergang zu einem intensiven Entwicklungsweg zunehmend Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsintensität und -qualität eines jeden Beschäftigten mit sich, sowie die Preisgabe der egalitären Verteilung der Ressourcen und der Lohnfonds, und eine konsequentere Einhaltung der Kriterien wirtschaftlicher Effizienz und Rentabilität.“ (*The World Socialist Economy*)

Die Anwendung der Perestroika auf Osteuropa, verbunden mit dem mächtigen Druck des Weltkapitalismus, hat dazu beigetragen, die stalinistischen Bürokratien zu zerschmettern und dabei den nach dem Weltkrieg entstandenen Sowjetblock aufzulösen. Doch diese Auflösung war vorherbestimmt durch die *deformierten* sozialen Revolutionen, die die Hegemonie des Kreml über Osteuropa Ende der 40er Jahre kennzeichnete.

Für internationale sozialistische Planung

In Ost und West ist es üblich geworden, Gorbatschow als den polaren Gegensatz zu Stalin zu betrachten. Eine solche Sichtweise vernebelt und verneint grundlegende Elemente von *Kontinuität*. Von Stalin über Breschnjew bis Gorbatschow haben die sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa auf engem nationalen Interesse und auf eifersüchtig bewachter nationaler Autonomie beruht. Das ist die Bedeutung von Stalins Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“, das im Gegensatz stand zu Lenins und Trozki's Programm der sozialistischen Weltrevolution. Der Nationalist, der die Kommunistische Internationale zu Grabe trug, dachte nicht daran, den RGW zum Rahmen einer internationalen Planwirtschaft zu machen.

Die Zusammenfassung der ökonomischen Ressourcen, von den Fabriken der DDR bis zu den Ölfeldern von Sibirien, wurde nie auch nur in Erwägung gezogen. Selbst gemeinsame Projekte zweier Länder des Sowjetblocks sind äußerst selten gewesen. Seit der Gründung 1949 bis zum heutigen Tag hat der Handel innerhalb des RGW im wesentlichen die Form des bilateralen Tauschhandels gehabt.

In den ersten 14 Jahren seines Bestehens existierte noch nicht einmal ein Mechanismus für multilateralen Handel. Wenn z. B. Ungarn in einem bestimmten Jahr einen Handelsüberschuß gegenüber Polen erzielte, konnte es mit diesem Plus *nur* polnische Güter kaufen. So war jedes RGW-Mitglied gezwungen, seinen Handel mit jedem anderen Mitglied auszugleichen, denn sonst wären Überschüsse auf einen Nettoverlust der Ressourcen hinausgelaufen.

Auf dem Höhepunkt der Chruschtschow/Breschnjew-Ära in den 60er Jahren gab es viel Gerede über „sozialistische Wirtschaftsintegration“. 1963 führte der RGW den „Transferrubel“ ein, eine neue internationale Währung, die bei allen Geschäften zwischen Mitgliedsländern benutzt werden sollte. Es gab nur einen Haken. RGW-Mitglieder brauchten überhaupt nichts an irgendein anderes Mitglied zu verkaufen, egal wie viele Transferrubel es anbot. Die sowjetischen Handelsfunktionäre hatten nicht die Absicht, an DDR mehr Öl zu liefern, bloß weil die DDR einen Handelsbilanzüberschuß gegenüber Ungarn hatte. Und die Berliner Bürokraten wollten bestimmt nicht ihre hochwertigen Maschinenwerkzeuge an Budapester Fabriken schicken, bloß weil Ungarn einen Handelsbilanzüberschuß gegenüber Polen

hatte.

Sowohl das sowjetische Regime als auch die osteuropäischen Regime gaben *den in harter Währung bezahlten Exporten die Priorität*, die Sowjetunion, um vom Westen technisch hochentwickelte Maschinen und Futtergetreide aus dem Westen zu kaufen, die anderen osteuropäischen Staaten, um ihre Schulden bei der Wall Street und den Frankfurter Bankiers zu decken. So haben sich über die Jahre Milliarden von wertlosen Transferrubel auf den Konten von Moskaus Internationaler Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit angesammelt. Das Fiasko des Transferrubels beweist, daß die Integration des Handels zwischen vergesellschafteten Ökonomien nur möglich ist bei integrierter Planung von Produktion und Investitionen.

Von Anfang an beruhte der RGW-Handel auf Weltmarktpreisen, mit einer Zeitverschiebung und mit Änderungen in Sonderfällen. Weltmarktpreise sind nicht nur ungeheuer verzerrt durch Kartelle, durch Spekulation und durch kapitalistischen Protektionismus, sie haben auch, grundsätzlicher noch, keinerlei Beziehung zu den Produktionskosten im Sowjetblock. In den 60er Jahren schlugen einige rational eingestellte sowjetische und osteuropäische Ökonomen vor, der RGW solle eine unabhängige Preisstruktur entwickeln, die die relativen Produktionskosten in der Region widerspiegelt. Dieser ausgesprochen vernünftige und gerechte Vorschlag kam nie über die Seminare von Forschungsinstituten hinaus.

Warum nicht? Weil die stalinistischen Bürokratien zutiefst nationalistisch sind und natürlich ihren „sozialistischen“ Handelspartnern nicht trauen. Sie alle glauben an den „Aufbau des Sozialismus in ihrem Land“. Der Kreml dachte nicht im Traum daran, der DDR irgendwelche Kontrolle zu geben über die Preise seiner Ölexporte. Umgekehrt hätten die Berliner Bonzen sowieso nicht den Moskowitern erlaubt, die Preise zu beeinflussen, die sie für elektrische Maschinen verlangen. Also tauschen die UdSSR und die DDR Erdöl und Maschinen zu Bedingungen, die vom Rockefeller-Imperium und von Siemens bestimmt werden! Wie wir gesagt haben: Stalin hat die zentrale Planung in Verruf gebracht. Was man braucht, ist eine international zusammengefaßte zentrale Planwirtschaft unter der Herrschaft von Arbeiterrätendemokratie.

In der Breschnjew-Zeit bemühte man sich, eine vernünftige ökonomische Arbeitsteilung innerhalb des Sowjetblocks zu erreichen, die die extreme Autarkie der Stalin-Ära überwinden sollte. Doch da man nicht die Mittel für Investitionen zusammenlegte, waren die Ergebnisse oft ungeheuer unproduktiv und irrational. In den 70er Jahren sagte man über die CSSR — ein kleines Land mit 15 Millionen Einwohnern —, daß sie von allen verschiedenen Typen der Werkzeugmaschinen, die es auf der Welt gibt, 80 Prozent produziert! Offensichtlich waren die Produktionsmengen viel zu niedrig, als daß sie für Wirtschaftlichkeit durch die Masse oder für Anwendung der anspruchsvollsten Technologie gesorgt hätten.

Die sozialistische Wirtschaftsintegration von Sowjetunion und Osteuropa würde nicht nur die Produktivität erheblich steigern, sondern auch den zerstörerischen Druck des Weltkapitalismus ausgleichen. Wir befürworten hier, nicht wirtschaftliche Autarkie für den Sowjetblock als ganzem — eine Version von Stalins alter Bemerkung über die „zwei Weltmärkte“. Solange der Kapitalismus noch nicht in seinen Hauptzentren gestürzt worden ist, sollten die Arbeiterstaaten sicherlich aus der internationalen Arbeitsteilung den größtmöglichen Vorteil ziehen. Und hier hätte eine einzige Wirtschaftsverwaltung, die für die Sowjetunion und für Osteuropa spricht, eine enorme Hebelwirkung bei den Handels- und Finanzbeziehungen mit der EG, den USA und

Fortgesetzt auf S.6

Planwirtschaft — aber wie?

Die SpAD kämpft für effektive Planwirtschaft. Aber meinen wir die stalinistische Planwirtschaft, die die deformierten Arbeiterstaaten in 40 Jahren zum Ruin führten? Nein!

Viele Menschen sehen in der Marktwirtschaft die einzige Alternative für die Verbesserung der Wirtschaft in der DDR und nehmen das Wegfallen der sozialen Errungenschaften in Kauf, oder hoffen auf eine „soziale“ Marktwirtschaft, die es nie geben wird. Schweden, angeblich ein Land mit „sozialer Marktwirtschaft“, streicht soziale Maßnahmen. Jetzt erzwingt ihre sozialdemokratische Regierung einen Lohnerhöhungsstopp und Streikverbot. Ein Beispiel für das Nichtexistieren der angeblich „sozialen“ Marktwirtschaft.

Wie aber dann?

Die Errichtung der Planwirtschaft ist die einzige Möglichkeit, soziale Errungenschaften zu halten und gleichzeitig ökonomisch zu produzieren. Die Zusammenarbeit zwischen

mehreren sozialistischen Ländern gäbe die Möglichkeit, daß die Länder sich auf einige Produkte spezialisieren können. Zwei Beispiele: Die SU könnte durch ihre Rohstoffe die kohlenstoffchemischen Produkte und die Elektroenergie für alle sozialistischen Länder produzieren. Andererseits könnte die DDR chemische Salzprodukte für ein sozialistisches Wirtschaftssystem produzieren.

Nun kann man sich fragen, wurde diese Art der Wirtschaft nicht auch im RGW betrieben? Ja und Nein. In einigen Fällen ja, was z. B. die Busse aus Ungarn betrifft. Aber trotzdem hat jedes Land durchschnittlich 60% der auf dem Weltmarkt erscheinenden Artikel produziert.

In der Spezialisierung ist, wie Marx sagt, der gesellschaftliche Fortschritt zu erreichen. Nur durch die Spezialisierung kann quantitativ und qualitativ besser produziert werden. Kein „Sozialismus“ in einem Land, sondern die Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Ländern.

Spartakist-Gruppe Greifswald

Kapitalistische „Freiheit“ Amerikanischer Streikposten durch Streikbrecher getötet

Die Tribüne (5. März) berichtete, „Einer der im Ausstand stehenden Fahrer der USA-Busgesellschaft Greyhound Lines ist am Sonnabend von einem Streikbrecher getötet worden.“ Das geschah im Busdepot von Redding, Kalifornien. Dieser Artikel enthüllt mehr über die Realität des Lebens der Arbeiterklasse im Kapitalismus als all das Geschwätz von Kohl, der SPD und all den anderen über „soziale Marktwirtschaft“.

Robert Waterhouse, 59, streikte gegen die Firma, bei der er 32 Jahre lang gearbeitet hatte. Er stand kurz vor seiner Pensionierung. Aber am 3. März überfuhr ein Bus mit einem Streikbrecher am Steuer ein Stoppzeichen und schmetterte Waterhouse gegen eine Wand. Als ein anderer Streikposten versuchte, den Bus mit seinem eigenen Lastwagen zu stoppen, rammte der Streikbrecher ihn (laut Lokalzeitung „vier- oder fünfmal“) und ist dann 15 km weit vom Ort seines Mordes weggefahren. Bis jetzt hat die Polizei weder den Killer noch

seine Bosse angeklagt oder verhaftet.

Der ermordete Streikposten war einer von 9000 Arbeitern, die am 2. März in Streik gegangen sind, nachdem die Busgesellschaft verlangt hatte, daß Lohnerhöhungen an die „Produktivität“ gebunden sein müßten. Die Arbeiter hatten bei Greyhound vor drei Jahren schon eine Lohnkürzung von 25 Prozent hingenommen. 1983 hatten die Beschäftigten bei Greyhound einen bitteren 47 Tage langen Streik geführt, bei dem ein anderer Streikposten, Ray Phillips, von einem Streikbrecher überfahren worden war. Jetzt hat Greyhound das Verbrechen in unverschämter Weise wiederholt, verbunden mit der Ankündigung, daß die Arbeiter „sich um ihren Job gebracht haben“.

Sicherlich stehen die Erben von Flick und Thyssen, die Hitler finanziert haben, und der westdeutsche Staat, der sich zum Nachfolgestaat des Dritten Reichs erklärt, nicht hinter den Bossen von Greyhound zurück, wenn es um Gewalt gegen die Arbeiter geht. Wenn deshalb der FDGB heute sagt, daß er im neuen Gewerkschaftsgesetz das Streikrecht gesichert hat, wenn die PDS und der Runde Tisch von einer „Sozialcharta“ reden, dann denkt an Robert Waterhouse und Ray Phillips.

RGW...

Fortsetzung von S.5

Japan.

Leo Trotzki, der sich 1922 zusammen mit Lenin gegen Stalins Versuche stellte, das staatliche Außenhandelsmonopol zu untergraben, kämpfte gegen die Illusionen, Sozialismus in der Isolation vom Weltmarkt aufbauen zu können. In seiner Broschüre *Kapitalismus oder Sozialismus* aus dem Jahr 1925 schrieb Trotzki: „Im vom Staate geleiteten Außenhandel, der die Arbeit der staatlichen Industrie und des Innenhandels elastisch ergänzt, besitzen wir ein mächtiges Werkzeug zur Beschleunigung unseres wirtschaftlichen Aufschwungs.“ Gleichzeitig, bemerkte er, brachte es sowohl Gefahren als auch Vorteile mit sich, ein Teil vom Weltmarkt zu werden; der Grund dafür war „die vorläufige ungeheure Produktionsüberlegenheit des Weltkapitalismus uns gegenüber“. Seine Antwort bestand darin, den Sieg der proletarischen Revolution in ganz Europa anzustreben:

„Es ist klar, daß bei der Verbindung der Wirtschaft der Sowjetunion mit der Wirtschaft eines Sowjet-Europa die Frage der vergleichenden Koeffizienten der sozialistischen und kapitalistischen Produktion bei einem noch so starken Widerstand seitens Amerikas siegreich gelöst würde. Und man darf

zweifeln, ob dieser Widerstand lange anhalten würde.“

Jahrzehnte von stalinistischer Unterdrückung, Mißwirtschaft und gegeneinander gerichteter Nationalismen haben jetzt den Sowjetblock zertrümmert. Der westliche Imperialismus sieht sich schon das Programm von John Foster Dulles verwirklichen, den „Kommunismus zurückzurollen“ bis an die Grenzen der Sowjetunion und darüber hinaus. Doch die sowjetischen Arbeiter und Genossenschaftsbauern müssen entsetzt sein über die Aussicht, mit NATO-Raketen an der polnischen Grenze und mit einem neugeborenen Vierten Deutschen Reich konfrontiert zu sein. Gleichzeitig wollen Millionen Arbeiter in Osteuropa, besonders in der DDR, das Kollektiveigentum verteidigen und eine wirklich sozialistische Gesellschaft aufbauen. In Polen leisteten die Arbeiter verzweifelten Widerstand gegen die Kampagne der von Solidarnosc geführten Regierung, den Kapitalismus durch eine wirtschaftliche „Schockbehandlung“ zu restaurieren, wie sie im Auftrag der Wall Street von lateinamerikanischen Juntas durchgeführt wurde.

Nur dadurch, daß sie durch eine proletarische politische Revolution, von den Fabriken Berlins bis zu den sibirischen Zechen und Ölfeldern, die stalinistischert Verräter wegfegen, können sich die Werktätigen der Sowjetunion und Osteuropas vor den Schrecken einer kapitalistischen Restauration retten.

Wählt Spartakist ...

Fortsetzung von S. 1

verbuddeln können, aber wenn die Sozialdemokraten und ihre eventuellen bürgerlichen Koalitionspartner in ein paar Wochen die Macht übernehmen würden, dann gäbe es in großem Stil Berufsverbote für PDS-Mitglieder. Parteigenossen sagen, daß sie davor zurückschrecken, offen gegen die Reaktion zu kämpfen, weil dies den Bürgerkrieg bedeuten könne. Aber mit ihrer Weigerung, jetzt politisch gegen die kapitalistische Wiedervereinigung zu kämpfen, bereiten sie einer totalen Kapitulation den Weg — und der Ausgang wird garantiert nicht friedlich sein.

In der letzten Woche haben wir versucht, eine Klassenopposition zu organisieren gegen die Versuche, die kollektivierte Wirtschaft zu zerschlagen. Wir haben zu einer Demonstration vor der Volkskammer aufgerufen, gegen die Privatisierungen und gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Wegen der kurzen Vorbereitungszeit und strömendem Regen sind nur wenige Menschen gekommen. Aber im Gegensatz zu den Versuchen der PDS, eine „Volksfront“ zusammenzubekommen, um die kapitalistische Wiedervereinigung zu verlangsamen (aber nicht, um sie zu stoppen), und zu ihren pathetischen Appellen an die Führung der SU, sie freizukaufen, zeigt das Wahlmanifest der SpAD und das Kampfprogramm den einzigen realistischen Weg zu einer wirksamen Verteidigung der DDR gegen die Konterrevolution.

Diejenigen, die behaupten, daß sie die Arbeiterklasse verteidigen — z. B. die KPD, die sich geweigert hat, die Demonstration zu unterstützen, und die Kommunistische Plattform (der PDS), die zwar ihre Unterstützung gegeben hat, ohne jedoch jemanden zu mobilisieren — können diesen entscheidenden Fragen nicht aus dem Weg gehen. Wie eine Sprecherin der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands in einer Wahlsendung des Rundfunks gesagt hat:

„Wir Arbeiter wissen selbst am besten, was durch jahrzehntelange bürokratische Mißwirtschaft verschwendet wurde. Wir wissen aber auch, was der Ausverkauf unserer Betriebe an das Kapital für Folgen haben wird.

Darum bildet in den Betrieben und öffentlichen Einrichtungen Arbeiterräte. Darum bildet in der NVA zum Schutz unseres Arbeiterstaates Soldatenräte. Für ein Arbeiterräte-deutschland!“

Heute sind diese Fragen nicht nur in der DDR direkt

Protest gegen KPD-Ausschluß in Halle

**Protesttelegramm an die
Zentrale Wahlkommission der DDR
Wahlkommission im Wahlbereich Halle**

Berlin, 11. März 1990

Werte Damen und Herren!
Wir protestieren gegen den undemokratischen Ausschluß der Liste der KPD Halle im Wahlbereich Halle. Dies bedeutet politische Zensur! Wir fordern die umgehende Zulassung dieser Liste zu den Volkskammerwahlen. Keine Unterdrückung linker Parteien!

Für das Zentralkomitee

Toralf Endruweit, SpAD

Arbeiter, nehmt euch vor den politischen Banditen des BSA in acht!

Der Bund Sozialistischer Arbeiter behauptet trotzkiistisch zu sein, aber in der Praxis dreht er seine Fahne immer nach dem Wind. In der letzten Ausgabe seiner *Neuen Arbeiterpresse* (2. März) behauptet er, „gegen den Einzug der Kapitalisten“ zu sein. Aber zur gleichen Zeit sagt er von der Arbeiterklasse: „Deshalb ist ihre Parole nicht »Verteidigt die DDR!.“ Diese politischen Banditen kämpfen immer *gegen* die Verteidigung der Arbeiterstaaten.

Ihr Gerede vom „Kampf gegen Stalinismus und Kapitalismus“ hat immer Unterstützung für den Kapitalismus bedeutet. Sie haben sich den antikommunistischen Denunzierungen der Berliner Mauer angeschlossen. Sie unterstützen die CIA-Mörderbanden in Afghanistan. Sie bejubeln die konterrevolutionäre Solidarnosc in Polen. Ihre Hauptgruppen in Britannien und Amerika schleppen linke Opponenten vor kapitalistische Gerichte. Sie haben Geld von kapitalistischen Regierungen im Nahen Osten angenommen, um Exil-Linke auszuspionieren, und haben der staatlichen Ermordung von irakischen Kommunisten applaudiert. Wir sagen zu den Werktätigen: Nehmt euch vor dieser Gruppe in acht.

gestellt. Was hier passieren wird — eine politische Revolution oder eine soziale Konterrevolution — wird unabschätzbare Auswirkungen auf die Sowjetunion haben. Hunderttausende haben am 3. Januar am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park gezeigt, daß sie bereit waren, gegen die faschistische Bedrohung zu kämpfen. Millionen Werktätige wollen schützen, was wir durch unsere Arbeit in 45 Jahren aufgebaut haben — trotz der stalinistischen Deformation der DDR — und sind bereit, ein Viertes Reich auf deutschem Boden zu verhindern, das die ganze Menschheit bedrohen würde. Indem wir unerschütterlich gegen die kapitalistische Wiedervereinigung auftreten, wollen wir ihre Stimme sein. Wählt am 18. März die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands!

Spartakist-Treffpunkt Berlin

Kreiskulturhaus-Treptow
Puschkinallee 5, Berlin
1. Stock, Raum 19

geöffnet Mo.-Do. 17.00-21.00 Uhr
Sonnabend 17.00-21.00 Uhr
Freitag geschlossen

SPENDET!

Wenn du das Wahlprogramm der Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands unterstützt, wenn du gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfen willst, dann beteilige dich an unserer Kampagne und unterstütze sie mit sehr notwendigen finanziellen Beiträgen. Schicke deine Spende an:

Konto der Spartakist-Gruppen, Sparkasse der Stadt Berlin,
Konto-Nr. 6652-44-314496, Kennwort "SpAD"

F. Zierenberg, Konto-Nr 2 119 766 00, BLZ 500 800 00
Dresdner Bank, Frankfurt/M.

Linke Jugendliche in Neubrandenburg verprügelt SPD - Bluthunde für kapitalistischen Anschluß

Manche Leute haben unserer Warnung widersprochen, daß die SPD das Trojanische Pferd für die Konterrevolution in der DDR ist. Wie wäre es denn stattdessen mit „Bluthunde“? Am 1. März sind einige Dutzend jugendliche Linke am Rand einer SPD-Wahlkampfveranstaltung in Neubrandenburg brutal zusammengeschlagen worden. Aufgrund eines Berichts in *Junge Welt* (3./4. März) über diesen brutalen Überfall hat ein ARPRESKORR-Korrespondent mit einigen der Opfer ein Interview geführt. Mit diesem sinistren Angriff zeigt die SPD, daß sie bereit ist, zu den blutigsten Mitteln Zuflucht zu nehmen, um die Gegner einer kapitalistischen Wiedervereinigung zum Schweigen zu bringen. Die Anstifter des Mordes an Rosa und Karl sind wieder aktiv.

Der Angriff fand bei einer Wahlkundgebung mit Hans-Jochen Vogel, dem Spitzenpolitiker der West-SPD, statt. Rund 50 junge Linke von der Vereinigten Linken, Die Nelken und der Antifa-Jugend Neubrandenburg waren dort mit DDR-Fahnen erschienen. Kaum hatten sie angefangen, ihre Banner mit Hammer und Zirkel hochzuhalten, wurde ihnen „Rote Raus!“ und „Stasi-Schweine raus!“ entgegengeschrien. Sie wurden von Teilnehmern der SPD-Kundgebung umzingelt und angegriffen, größtenteils von stämmigen Männern mittleren Alters. Die Schläger rissen den Linken die Fahnen aus den Händen, zerbrachen die Fahnenstangen und benutzten diese dann als Knüppel gegen ihre Opfer.

Eine junge Frau erblindete beinahe, als sie vom Schlag einer zerbrochenen Fahnenstange direkt unter dem einen Auge getroffen wurde, sie erlitt einen Siebbeinbruch. Drei weitere 14-15jährige Mädchen mußten ebenfalls im

Krankenhaus behandelt werden, nachdem sie von einer Schlägerbande, darunter auch zwei Frauen aus der BRD, zusammengeschlagen worden waren. Ein junger Unterstützer der VL wurde von sieben kräftig gebauten Männern umringt und geschlagen.

Seit diesem Überfall ist noch gegen keinen der Schläger Anklage erhoben worden, stattdessen will man die Schuld den Opfern selbst in die Schuhe schieben. Zu ihrer Schande haben die Volkspolizisten, die dort anwesend waren, nichts getan, um den Überfall zu stoppen und sie werfen jetzt sogar den Jugendlichen vor, sie hätten provoziert. Dies ist eine glatte Lüge — die Demonstranten wurden sofort umzingelt und angegriffen, sobald sie ihre politische Opposition zur SPD klargemacht hatten, und die Angreiferbande war offensichtlich für diesen Zweck vorbereitet.

Eines der Opfer wurde inzwischen aus seinem Klassenzimmer von Volkspolizisten in Begleitung des Schuldirektors abgeführt und wegen seiner „linksradikalen“ politischen Aktivitäten verwarnt. Und der jungen Frau, die beinahe erblindet wäre, wurde mitgeteilt, daß sie ihre Verletzung selbst fahrlässig verursacht habe, während der VP-Chef von Neubrandenburg angekündigt hat, daß die Polizei sich bei „politischen Rangeleien“ nicht einmischen wird.

Dieser skandalöse Überfall ist nur ein Vorgeschmack darauf, was die SPD und ihre kapitalistischen Herren mit Linken und Kommunisten im Fall der kapitalistischen Wiedervereinigung vorhaben. *Jetzt* müssen wir kämpfen, bevor es zu spät ist.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Wählt Spartakist!

Rostock

Dienstag, 13. März, 18.00 bis 21.00 Uhr
Montag, 19. März, 18.00 bis 21.00 Uhr
Haus der Freundschaft, Doberaner Straße
Rostock

Berlin

Sonnabend, 17. März, 16.00 Uhr
Klubhaus Transformatorenwerk
Weiskopfstr. 18
Berlin 1160

UNSERE ANSCHRIFT HAT SICH GEÄNDERT

Bitte richtet ab jetzt alle Eure Korrespondenz an folgende Adresse: SpAD, Postfach 2002, Berlin 1026

Kontaktadressen: Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und Spartakist-Gruppen

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel. (030) 4 92 78 66

Spartakist-Gruppe
Postfach 24
Greifswald 2200

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11

U. Mündel
Postamt 25, Postlagernd
Leipzig 7025

Spartakist-Gruppe
HPA Rostock, Postlag. 01
Rostock 2500

Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), und den Spartakist-Gruppen